

Amtsleiter aus Preetz will dem Amtsgericht Cochem Gründe für Zivilen Ungehorsam auf Atombomben-Standort Büchel (Eifel) erläutern

**Prozesstermin 26. Mai 2021, 9:00 Uhr,
Amtsgericht Cochem, Ravenéstraße 39, 56812 Cochem
Mahnwache ab 8:00 Uhr vor dem Gericht**

Büchel/Preetz, 19.5.2021. Am 26. Mai 2021 wird der Leiter des Umweltamtes der Stadt Preetz/Schleswig-Holstein vor dem Amtsgericht Cochem den Zivilen Ungehorsam gegen die „Nukleare Teilhabe“ Deutschlands rechtfertigen, den er auf dem Bundeswehr-Flugplatz Büchel (Eifel) geleistet hat. Gemeinsam mit sechzehn weiteren Friedensaktivist*innen aus ganz Deutschland („Büchel17“) hatte er am 30.4.2019 eine zweifache mit NATO-Draht verstärkte Einzäunung des Bundeswehr-Geländes ohne Erlaubnis des Militärs überwunden und mit Bannern und Plakaten die täglichen Starts der Tornado-Flugzeuge verhindert. Die dort stationierten Bundeswehr-Flugzeuge sind für den Transport und Abwurf von Atombomben ausgerüstet.

Eigentlich hätte Jan Birk auch einfach die Summe aus dem Strafbefehl (30 Tagessätze à 30€) wegen Hausfriedensbruch bezahlen können. Stattdessen entschied er sich, so wie andere vor ihm, Widerspruch einzulegen und es auf einen Gerichtsprozess ankommen zu lassen. Birk erläutert seine Motivation: „Ich will die Fackel hoch halten, um das Wissen von und über Büchel zu verbreiten und um meine eigene Glaubwürdigkeit zu stärken. So ein Prozess ist immer eine gute Möglichkeit, die eigenen Argumentationslinien gegen Atomwaffen zu schärfen.“

Birk ist nicht nur auf der Straße gegen Atomwaffen aktiv, sondern auch in Finanzämtern. Er ist Vorsitzender des Netzwerk Friedenssteuer, dessen Mitglieder sich auf folgende Erklärung verpflichtet haben: „Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“ Konkret bedeutet dies, dass Birk und seine Mitstreiter*innen 5,1 Prozent (Anteil des "Verteidigungs"-Haushalts an der Einkommenssteuer für 2019) der eigenen Steuerzahlung verweigern, die sonst in den Rüstungshaushalt fließen würden.

Was bewegt diesen Mitarbeiter einer Stadtverwaltung Zivilen Ungehorsam auf einem militärischen Gelände zu leisten? Und wie hängt sein Engagement für ein Friedenssteuergesetz damit zusammen? Klarheit darüber wird die Verhandlung am Amtsgericht Cochem bringen.

Der Prozess war ursprünglich für den 11.11.2020 terminiert und wurde mehrfach verschoben.

Hintergrundinformationen:

Einlassung und Schlusswort von Jan Birk (Büchel17) vor dem Amtsgericht Cochem am 26.5.2021 (Sperrfrist beachten!):

https://www.friedenkoeln.de/wp-content/uploads/2021/05/Jan-Birk_Einlassung-Amtsgericht-Cochem_Buechel17_20210526.pdf

Jan Birk: www.jan-birk.de

Netzwerk Friedenssteuer: <https://netzwerk-friedenssteuer.de/wir-ueber-uns/>

Fotos (mit Namensnennung kostenfrei)

Textvorschlag: „Go-In-Gruppe der "Büchel17" demonstrieren gegen Kriegsfinanzierung auf dem Bundeswehr-Flugplatz Büchel (Eifel) am 30.4.2019, darunter Jan Birk im blauen T-Shirt des „Netzwerk Friedenssteuer“. Foto: Büchel17“

<https://flic.kr/p/2kbZ4jy>

12 Fotos der Gruppe Büchel17 von der Aktion Zivilen Ungehorsams am 30.4.2019 auf dem Bundeswehr-Flugplatz und Atomwaffenstandort Büchel (Eifel):

<https://flic.kr/s/aHsmCTZ3f8>

Hinweise zur Redaktionsplanung:

Eine Drehgenehmigung für das Gerichtsgebäude ist im Voraus beim AG Cochem erhältlich (agcoc@ko.jm.rlp.de oder unter 02671/ 9880-0 Medienreferentin Frau Doris Linden)

Für Interviews im Vorfeld oder auch bei der Mahnwache vor Ort steht Jan Birk unter 0178 2300353 gerne zur Verfügung.

Pressekontakt:

Stefanie Intveen, stefanie.intveen@web.de, 0151 56094920